

TOP 2 Bericht des Ärztlichen Direktors des Universitätsklinikums Marburg, Herrn Prof. Dr. Matthias Schrappe, zur aktuellen Situation der von der Hess. Landesregierung angestrebten Fusion und Privatisierung der Universitätskliniken Marburg und Gießen

Herr Faecks führt einleitend in die Thematik ein und übergibt das Wort an Herrn Prof. Dr. Schrappe, dem Ärztlichen Direktor der Universitätsklinik Marburg. Herr Prof. Dr. Schrappe reflektiert noch einmal die Entwicklung der Diskussion über die von der Hess. Landesregierung geforderte engere Zusammenarbeit zwischen den Universitätskliniken Marburg und Gießen, die letztlich aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen und Interessen in die nunmehr bestehende Vorgabe zur Fusion und anschließender Privatisierung gemündet sei. Er führt weiter aus, dass der Vorstand des Klinikums Marburg diesen Ansatz befürworte, da die Alternative, nämlich eine unilaterale Privatisierung des Klinikums Gießen, eindeutig zu Lasten des Marburger Klinikums gegangen wäre.

Herr Prof. Dr. Schrappe benennt drei Gründe, die für die nunmehr vorgegebene Lösung sprächen:

1. die einfachere Akquirierung und Bereitstellung notwendiger Investitionsmittel, die Marburg sowohl für den laufenden Klinikumsbetrieb als auch für den vorgesehenen III. BA benötige;
2. die Verbesserung der klinischen Forschungsfinanzierung und
3. die Erhöhung der Struktur- und Steuerungsflexibilität einer solch komplexen Einrichtung.

Als Nachteil speziell für das Marburger Klinikum müsse man aber auch sehen, dass bei einer möglichen Veräußerungslösung der Veräußerungserlös seitens des Landes schwerpunktmäßig an die Gießener Einrichtung geleitet werden könnte. Auch sei außerordentlich schwierig, die Motivation der Beschäftigten des Marburger Klinikums aufrecht zu erhalten, denen in der Vergangenheit bereits viel zugemutet worden sei, da die von ihnen erbrachten Vorleistungen zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Einrichtung nach deren Einschätzung nicht honoriert würden.

Wichtig sei letztlich, dass in den anstehenden Verhandlungen mit den potentiellen künftigen Betreibern im Rahmen von Konsortialverträgen aus Marburger Sicht all die Dinge geregelt werden müssten, die für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Marburger Klinikumsteils wichtig seien.

An den Vortrag von Herrn Prof. Dr. Schrappe schließt sich eine angeregte Diskussion über die möglichen Folgen der Fusion und der Privatisierung der beiden Universitätskliniken Marburg und Gießen an. Dabei spielen insb. das im Entwurf vorliegende Vorschaltgesetz der Hess. Landesregierung als auch die möglichen Varianten der Privatisierung eine Rolle.

Herr Faecks dankt Herrn Prof. Dr. Schrappe für seine Bereitschaft, dem Ausschuss über den aktuellen Entwicklungsstand berichtet zu haben und weist noch einmal auf die mit Herrn Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, Staatssekretär des Hessischen Wissenschaftsministeriums, vereinbarte Veranstaltung am 26. April 2005 hin, zu der Herr Prof. Dr. Schrappe herzlich eingeladen ist.

TOP 3 Bericht der AG Finanzwesen über den aktuellen Stand zur Umstellung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens auf das Verfahren newsystem kommunal der Fa. Infoma

Herr Fehlinger berichtet für die AG Finanzwesen über den aktuellen Stand zur Umstellung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens auf das neue DV-Verfahren. Er geht dabei insb. auf die Probleme der Datenübernahme von dem Vorksystem ein, die aber zwischenzeitlich behoben seien, so dass man mittlerweile wieder im Zeitplan des Gesamtprojektes liege. Mit der Vorlage eines Produkthaushaltes sei wahrscheinlich im April d.J. zu rechnen und die Bewertung des Anlagevermögens sei vermutlich bis zum 30.06. d.J. abgeschlossen, so dass diese Daten dann dem Prüfungsamt zur Überprüfung vorgelegt werden könnten.

Aus Sicht der AG Finanzwesen sei - auch im Hinblick auf die weitere Arbeit und personelle Besetzung der AG - eine Entscheidung erforderlich, ob es bei der jetzigen Beschlusslage einer Umstellung auf Doppik zum 1.1.2008 verbleibe, ob der von der neuen HGO-Novelle eingeräumte Zeitpunkt 1.1.2009 in Anspruch genommen oder ob evtl. sogar von der gesetzlich bestehenden Option der erweiterten Kameralistik Gebrauch gemacht werden solle.

Abschließend wurde ein Hand-out über den aktuellen Umstellungsstand an die Ausschussmitglieder verteilt. Herr Faecks merkte an, dass sich der Lenkungsausschuss vorab mit den aufgeworfenen Fragen befassen müsse und dass man nach der Sommerpause die AG zu einem weiteren Bericht bitten werde.

**TOP 4 Antrag der PDS-Fraktion betr. Umsetzung der Beschlüsse des Stadtparlaments
Vorlage: VO/0089/2005**

Herr Metz erläutert für die Antrag stellende PDS-Fraktion den Hintergrund und die verfolgte Zielsetzung des Antrags. Von den Vertretern der anderen Fraktionen wird kritisiert, dass man den Tenor zwar vom Grundsatz her nachvollziehen könne, dass die Begründung aber nicht so recht dazu passe. Auch sei die geforderte regelmäßige Berichterstattung durch den Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung zum jeweiligen Bearbeitungsstand der beschlossenen Vorlagen wohl zu weit gehend.

OB Möller und Herr Schnabel erläutern, dass das vor einiger Zeit eingeführte Ratsinformationssystem ALLRIS die Beschlussverfolgung auch über den Beschluss des betreffenden Gremiums hinaus bis zu seiner endgültigen Erledigung ermögliche. Hierzu bedürfte es einer entsprechenden Umsetzung in der Verwaltung.

Herr Metz stellt darauf hin den Antrag zurück und signalisiert, einen neuen Antrag mit geändertem Tenor einzubringen.

TOP 5 Verschiedenes

Frau Dr. Weinbach fragt nach, ob die von ihr beobachtete Verwendung städtischer Schreiben ohne eindeutigen Kopfbogen, die eine klare Zuordnung als Schreiben der Stadt Marburg nicht sofort erkennen ließen, eine bewusste Veränderung des Layouts darstelle. Dies wurde von OB Möller und Herrn Schnabel eindeutig verneint. Es gebe keine Anweisung, die vorgegebenen Kopfbögen aus

drucktechnischen oder sonstigen Gründen nicht mehr zu verwenden.

Ansonsten liegt nichts vor.

Marburg, 11. März 2005

Vorsitzender:

Protokoll:

**Fridhelm Faecks
Stadtverordneter**

Dieter Finger